

Antrag B 90

AN/0120/14

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Griesbadgasse 6, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 17.11.2014

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de
Stadtratsfraktion BÜNDNIS

Antragsteller 90/DIE GRÜNEN

Radwege Managementstruktur

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir stellen folgenden

Antrag:

Der Stadtrat beschließt, die gesammelten Vorschläge zur Verbesserung der Radwegestruktur halbjährlich im Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie und Wirtschaftsförderung (PIA) vorzustellen und einen – vom Fahrradbeauftragten erstellten und priorisierten – Abarbeitungsplan vorzulegen.

Der Stadtrat schafft eine Haushaltsstelle zur Durchführung der Abarbeitung, die durch den städtischen Haushalt jährlich neu gefüllt wird.

Für 2015 werden Mittel in der Höhe von 350T EUR in diese Haushaltsstelle eingelastet.

Begründung:

Die Radwege in Ingolstadt befinden sich in sehr unterschiedlichem Zustand. Mitunter existieren Wege, die dringend eine Renovierung brauchen. Die Identifizierung dieser Stellen ist eine sehr kleinteilige Arbeit, die am besten mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger geschieht, die diese Radwege tagtäglich nutzen.

Die Stadt Ingolstadt hat mit dem Fahrradbeauftragten und dem Mängelmelder schon eine Grundlage geschaffen, wie die Verbesserungsvorschläge aus der Bevölkerung gesammelt und abgearbeitet werden können. Für die Beseitigung der gemeldeten Mängel müssen aber auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Im Haushalt sind derzeit hauptsächlich Mittel für die Beseitigung der schon bekannten Schwachstellen im Radwegenetz vorgehalten. Für neue Meldungen durch die Bevölkerung oder neue Erkenntnisse aus dem gerade in Erstellung befindlichen Radwege-Klimaindex existieren keine ausreichenden Budgetvorhalte.

Die vorgeschlagene Vorgehensweise hat den Vorteil, dass sowohl die Qualität des Radwegenetzes als auch die Geschwindigkeit des Verbesserungsprozesses kontinuierlich getrackt und gesteuert werden können. Ferner wird eine verbindliche und transparente Form der Bürgerbeteiligung erzeugt, die keine komplexe Verwaltungsstruktur erfordert.

Die Kosten könnten 2015 wie folgt gedeckt werden:

630000 962 000: 180T € durch Aufschiebung geplanter Fahrbahnerneuerungen,

631500 950 000: 50T € durch Umwidmung der abstrakten Vorhaben,

631100 950 000: 100T € durch Umwidmung der abstrakten Vorhaben,

631100 952 000: 20T € durch Umwidmung der abstrakten Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Christoph Lauer

gez.

Petra Kleine
Fraktionsvorsitzende

gez.

Christian Höbusch